



Foto: diego cervo / Fotolia

Dr. Gerd-Uwe Baden, Vorstandsvorsitzender
Euler Hermes Kreditversicherung

Verwalter analysieren die Wirtschaftskrise

Hamburg/Mannheim. Auswirkungen der Krise, Insolvenzursachen und die daraus gezogenen Konsequenzen standen im Zentrum einer Studie des Kreditversicherers Euler Hermes in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Insolvenz und Sanierung (ZIS) der Universität Mannheim, die am 24.6.2009 in Hamburg vorgestellt wurde.

Text: Peter Reuter

Was die besondere Dynamik der Krise ausmacht und womit die Unternehmen derzeit am meisten zu kämpfen haben, wollte die Studie des Hamburger Kreditversicherers Euler Hermes in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Insolvenz und Sanierung der Universität Mannheim e.V. (ZIS) von 107 Insolvenzverwaltern wissen, die derzeit rund 21.000 laufende Unternehmensinsolvenzverfahren betreuen. Die derzeitige Entwicklung müsse einen Kreditversicherer alarmieren, sagt Dr. Gerd-Uwe Baden, Vorstandsvorsitzender von Euler Hermes. Da aber der rechtzeitige Hinweis auf Risiken eine wesentliche Rolle für die Arbeit eines Kreditversicherers spiele, untersuche man mit dieser Studie zum dritten Mal die Ursachen von Insolvenzen. Mit Spannung habe er speziell den Ergebnissen entgegengesehen, die aufzeigen, welchen möglichen Nutzen Änderungen im Insolvenzrecht hätten, sagt Prof. Dr. Georg Bitter, Vorsitzender des ZIS.

63 Prozent der Insolvenzverwalter glauben der Studie zufolge, dass der Rekordwert an Insolvenzen von 2003 durch die jetzige Finanzkrise überschritten werde, und 51 Prozent der Befragten meinen, dass ein deutlicher Anstieg im dritten Quartal 2009 erfolge. Das Ausbleiben neuer Aufträge werde nach Ansicht von 94 Prozent der Verwalter zum Anstieg der Insolvenzzahlen führen, die Stornierung

oder Verschiebung bereits erteilter Aufträge sehen 73 Prozent als Auslöser. Mehr als Zweidrittel der Befragten erkennen in der Insolvenz von Auftraggebern oder Lieferanten die Gefahr des Dominoeffekts. Auch die restriktive Kreditvergabe der Banken betrachten 62 Prozent als einen zentralen Faktor. Als Insolvenzursachen sehen die Verwalter fehlenden Mitarbeiterabbau bei sinkendem Umsatz (67 Prozent), zu geringe Rücklagen für unerwartete Ereignisse (64 Prozent) und zu starres Festhalten an alten Konzepten (61 Prozent). Fehlende personelle Kapazität für Strategieüberlegungen ist die am stärksten angestiegene Insolvenzursache im Vergleich zur ersten Studie 2006. Man schätzt, dass 34 Prozent der Insolvenzanträge durch die Krise ausgelöst würden, doch bei 39 Prozent der Insolvenzen sei die Krise nur ein vorgeschobener Grund. 75 Prozent der Verwalter bestätigen, dass bei ihnen Fälle vorkämen, in denen kleine Mittelständler einen Auftragseinbruch von 40 bis 60 Prozent verkraften müssen.

Gesetzgeber ist gefragt

Nach den aus der Krise zu ziehenden Konsequenzen gefragt, hielten es 70 Prozent für sehr hilfreich, § 613a BGB während der Krise für mindestens drei Jahre auszusetzen. Ein radikal vereinfachtes Insol-

venzplanverfahren und eine beschleunigte Plangenehmigung sähen 60 Prozent für sehr hilfreich an. Eine knappe Mehrheit wünscht sich mehr Einfluss der Verwalter auf die Gesellschafter durch Einbeziehung dieser in das Insolvenzplanverfahren und die Möglichkeit, Änderungen des Gesellschaftervertrags durch den Verwalter durchführen zu können. Ein spezieller Fonds, aus dem die Verwalter Darlehen zur Fortführung und Sanierung bekommen könnten, sollte während der Krise eingerichtet werden, meinen 56 Prozent. Schließlich plädierten 46 Prozent der Befragten dafür, das Insolvenzgeld vorübergehend länger zu zahlen. Die als Wirtschaft Konkret Nr. 107 herausgegebene Studie weist im Zusammenhang mit den Insolvenzplänen auf das sogenannte sächsische Modell hin. Die Sächsische Aufbaubank fördert in einem von der EU bewilligten Programm bei positiver Bewertung die Anfertigung eines Insolvenzplans.

Auch das Thema Insolvenzrichter war Teil der Befragung. Die deutliche Mehrheit von 89 Prozent der Verwalter sprach sich dafür aus, dass sowohl Ausbildung als auch Status der Insolvenzrichter verbessert werden sollten. Die Richter sollten eine wirtschaftliche Zusatzausbildung erhalten (83 Prozent). Außerdem begrüßen sie eine eigene Kammer für Insolvenzsachen am Landgericht (71 Prozent). «